

Antworten der Parteien in der BVV				
Frage/ Beantwortende	CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg	SPD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg	Gruppe DIE LINKE in der BVV Tempelhof-Schöneberg
<p>Frage 1:</p> <p>Auf welche Weise wird Ihre Partei Harmonie e.V. in seinen Anstrengungen zur Abwehr der Räumungsklage durch den vorläufigen Erwerber unterstützen?</p>	<p>Da es sich um ein laufendes Gerichtsverfahren handelt, kann dieses durch Anstrengungen von außen natürlich nicht beeinflusst werden (Unabhängigkeit der Justiz). Wir haben durch gemeinsame politische in die Öffentlichkeit getragene Stellungnahmen /Forderungen gegenüber dem Kläger deutlich gemacht, dass wir Harmonie e.V. unterstützen und den Kläger bewegen wollen, die Räumungsklage zurückzuziehen. Der Kläger kann nicht dazu gezwungen werden, jedoch ist der Appell durch die politischen Parteien und durch die aktuelle online-Petition wohl der einzige Weg, den Kläger zu einem Umdenken zu bewegen. Die BVV hat dem Bezirksamt das Mandat erteilt, alles erdenklich Mögliche zu unternehmen, um im Sinne von Harmonie e.V. auf den vorläufigen Erwerber einzuwirken.</p>	<p>Frau Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler hat den direkten Kontakt zum Eigentümer gesucht. Dieser Kontakt wurde seitens des Eigentümers aber leider abgelehnt. Aktuell kann die SPD den Verein durch Weiterleitung von Pressemeldungen und klarer eigener Positionierung zu Gunsten von Harmonie e.V. unterstützen. Wir sind auch gerne weiter bei der Suche nach Ausweichräumen behilflich, was aber eine Kooperationsbereitschaft aller Seiten voraussetzt.</p>	<p>Die Integrationsarbeit, die der gemeinnützige Verein „Harmonie“ leistet, muss im Interesse des Bezirkes fortgesetzt werden. Wir haben daher bereits im Februar dieses Jahrs eine Willenserklärung angeregt, die von der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg einstimmig angenommen wurde. Der Bezirk hat leider keine direkte Möglichkeit, auf die Räumungsaufforderung Einfluss zu nehmen. Daher ist es für uns wichtig, den politischen Druck auf die BImA auf allen Ebenen aufrecht zu erhalten, um eine Änderung der gegen die Interessen des Gemeinwesens gerichteten Verkaufspolitik in Allgemeinen und eine Rücknahme der Klage gegen die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts im Fall der Katzler- und Großgörschenstraße im Besonderen zu erreichen.</p>	<p>Der Bezirksverband DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg und die Bundestagsabgeordnete Azize Tank haben sofort Kontakt mit der Leiterin Frau Neu aufgenommen und Hilfe angeboten. Wir haben in unseren Veröffentlichungen auf die Bedeutung des Vereins hingewiesen und zur Unterstützung aufgerufen. In der BVV haben wir einen Beschluss „Verbleib von Harmonie e.V. in den Räumen in der Katzlerstraße“ (Drs. 1817/XIX) unterstützt.</p> <p>Das Bezirksamt hat daraufhin auf dem Besitzer einwirken versucht und sich für Ersatzräumlichkeiten eingesetzt (unseres Wissens ohne Ergebnis bisher). Rechtlich können wir nicht einschätzen, ob eine Chance besteht, dass die Räumungsklage zurückgewiesen wird, zumindest bis zu einer gerichtlichen Entscheidung zum Vorkaufsrecht.</p> <p>Wir finden es gut, es erst Mal darauf ankommen zu lassen, aber eine andere Option in der Rückhand zu haben. Falls der Besitzer („schwebender Eigentümer“) einen Räumungstitel erwirken kann, werden wir, je nach Entscheidung von Harmonie e.V., die Mobilisierung von öffentlichen Protestaktionen unterstützen. Das schließt den (symbolischen) Widerstand gegen eine Räumung unter Einsatz von Gerichtsvollzieher und Polizei ein. Bevor es soweit kommt, muss der öffentliche Druck gegen den Besitzer möglichst so groß werden, dass er von einer Räumung ablässt. Wir begrüßen daher auch die Petition des Quartiersrats und werben für deren Unterstützung.</p>
<p>Frage 2:</p> <p>Auf welche Weise unterstützt Ihre Partei das Anliegen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, das Vorkaufsrecht hinsichtlich des Verkaufs der Häuser in der Katzler- und Großgörschenstr. durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wahrzunehmen?</p>	<p>Das Vorkaufsrecht wurde bereits durch das Bezirksamt ausgeübt, ist aber von der Gegenseite rechtlich als unzulässig angegriffen worden, weshalb die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Vorkaufsrechts derzeit in einem laufenden Verfahren gerichtlich überprüft wird. Die Senatsverwaltung für Finanzen führt den Prozess für das Land Berlin und trägt ggf. die Verfahrenskosten, während der Bezirk vermutlich die Folgekosten wie Schadensersatz tragen müsste, falls die Gerichte nicht zugunsten des Landes Berlin entscheiden. Insofern bedarf es keiner (weiteren) Unterstützung, da</p>	<p>Die SPD steht voll und ganz sowohl in Tempelhof-Schöneberg als auch in Berlin hinter dem Anliegen, das Vorkaufsrecht auszuüben. Die SPD Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler hat dies im Bezirksamt vorangetrieben. Die SPD geführte Senatsfinanzverwaltung hat übernommen, das Verfahren für den Bezirk zu führen und damit die Forderung des Bezirks unterstützt. Auch SPD Bundestagsabgeordnete haben sich der BImA gegenüber für das Vorkaufsrecht von Tempelhof-Schöneberg ausgesprochen.</p>	<p>Die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts im Rahmen des Verkaufs ging auf die Anregung der Grünen Stadtentwicklungsstadträtin Sibyll Klotz zurück und wurde mit rot-grüner Mehrheit im Bezirksamt beschlossen. Wir stehen zu 100% hinter der Wahrnehmung des Vorkaufsrechts in Sachen Katzler- und Großgörschenstraße und in vergleichbaren Fällen durch den Bezirk.</p> <p>Wir möchten künftig den Milieuschutz im Bezirk ausweiten und das Vorkaufsrecht der Bezirke mit einem Ankauffonds auf Landesebene</p>	<p>DIE LINKE in der BVV hat nachdem der spekulative Verkauf nicht verhindert werden konnte, alles getan um die Debatte zum Vorverkaufsrecht in der BVV mehrheitsfähig zu machen. Entsprechende Vorlagen haben wir eingebracht, die auch zu Beschlüssen führten. Wir haben auch die Initiative ergriffen, damit das in kurzer Frist zu vollziehende Vorkaufsrecht generell besser abgesichert wird, durch Schaffung eines Ankauffonds und standardisierten Abläufen zwischen Bezirk, Senat und städtischen Wohnungsgesellschaften. (siehe angehängte BVV-Beschlüsse)</p>

	die Entscheidung aus der Fragestellung längst getroffen worden ist.		absichern.	
<p>Frage 3:</p> <p>Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um soziale Vereine wie den von Räumung bedrohten Verein Harmonie e. V. in der Katzler Straße vor Verdrängung zu schützen?</p>	<p>Die CDU hat in der Vergangenheit bereits einige der genannten Einrichtungen dabei unterstützt, dass sie durch Verlängerung der Mietverträge nicht verdrängt werden bzw. adäquate Ersatzräume erhalten. So haben wir auch erreichen können, dass die Einrichtung in der Dominicusstraße von Pinel selbst erworben werden konnte.</p> <p>Es ist natürlich immer schwierig, wenn sich das Interesse der sozialen Vereine und das Interesse des Eigentümers der Räume nicht mehr decken und ein Mietverhältnis beendet werden soll. Daher sehen wir es als wichtig an, Mietverträge mit privaten Vermietern (also auch Gesellschaften) gut zu verhandeln, um möglichst viel Planungssicherheit zu gewährleisten. Wo es möglich und fachlich sinnvoll ist, sollten Räume, die der öffentlichen Hand gehören, als Standort in Betracht gezogen werden.</p>	<p>Immer wenn Gewerbemietverträge abgeschlossen werden, besteht die Möglichkeit einer Kündigung, sei es aus Profit- oder anderen Beweggründen. In der Katzlerstraße sollte die Ausübung des Vorkaufsrechts die dauerhafte Sicherung des Mietvertrags des Vereins bewirken. Das ist leider durch die schwierige Rechtskonstruktion zur Zeit nicht möglich. So ein weitreichender Sicherungsversuch wurde bisher noch an keiner anderen Immobilie unternommen. Mit dem Eigentümer wurde der Kontakt gesucht um für den Verbleib des Vereins in den Räumen zu werben. Dieser Kontakt wurde seitens des Eigentümers aber leider abgelehnt. Grundsätzlich besteht jedoch eine gute Möglichkeit, über Gespräche mit Vermietern Lösungen zu erzielen. So wurde für das Hans-Wurst-Puppentheater zumindest ein mehrjähriger Aufschub des Auszugs erzielt. Auch für die Jugendeinrichtungen PallasT, Drugstore und Potse sind schon mehrfach durch geschicktes Verhandeln mit dem jeweiligen Eigentümer Verlängerungen des Mietvertrages erreicht worden. Wenn Verhandlungen nicht erfolgreich sind, kann dem Projekt nur geholfen werden, wenn Ersatzräume gefunden werden und das Projekt bereit ist, in dieser Frage zu kooperieren. Für den PallasT ist aktuell ein Ausweichstand-ort in der Goebenstraße in der Prüfung. Auch für Drugstore und Potse werden wir uns für die Zukunft zusätzlich um Ausweichstandorte bemühen</p>	<p>Die Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes an bezahlbaren (Gewerbe)räumen unter anderem für soziale und kulturelle Angebote war und ist für uns ein wesentlicher Punkt unserer Stadtentwicklungspolitik und wird in naher Zukunft wieder stärker in den Vordergrund rücken müssen angesichts der zunehmenden Verdrängungsprozesse.</p> <p>Die Instrumente reichen dabei von der Bereitstellung nicht mehr benötigter bezirklicher Liegenschaften über eine Kooperation mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie dem Berliner Immobilienmanagement bis hin zu städtebaulichen Vereinbarungen mit privaten Eigentümer bzw. Vorhabenträgern und natürlich auch die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts in geeigneten Fällen.</p>	<p>Leider sind in den letzten 20 Jahren zu viele öffentliche Gebäude und Grundstücke an private Immobilienfirmen/-fonds veräußert worden. Das betrifft das ehemalige BVG-Gebäude und das Eckgebäude zur Pallasstr. (PallasT, Drugstore und Potse), aber auch das Gebäude von dem Puppentheater. DIE LINKE TS konnte zu Drugstore & Co. zusammen mit den Nutzern und mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus bei den Haushaltsberatungen 2015 den öffentlichen Druck auf Eigentümer und Bezirksamt erhöhen und eine Kündigung zum Jahresende abwenden. An beiden Standorten enden aber die Verträge in den nächsten Jahren ohne Verlängerungsmöglichkeit. Wir fordern vom Bezirk jetzt schon Maßnahmen einzuleiten um den Weiterbetrieb zu sichern. Für diese Einrichtungen müssen Ersatzorte in Nord-Schöneberg finden.</p> <p>In Schöneberg-Süd bahnt sich der nächste Verkauf mit dem ehemaligen Straßenbahndepot an, das noch von Landesbehörden genutzt wird. Gebäude und Gelände werden von der Berliner Immobilienmanagement (BIM) zum Verkauf angeboten. Sollte der Verkauf nicht abwendbar sein, sind wir zumindest dafür, dass das Gebäude für kulturelle und soziale Zwecke gesichert wird und Räumlichkeiten für Bedarfe der Anwohnerschaft berücksichtigt werden (so in unserem Bezirkswahlprogramm 2016).</p>

		<p>müssen. Eine Akzeptanz dieser Einrichtungen in einer neuen Umgebung ist aber nicht selbstverständlich. Sollte es daher dann zu öffentlichen Diskussionen über diese Frage kommen, würden wir uns über Ihre Unterstützung sehr freuen.</p>		
<p>Frage 4. Welche Initiativen planen Sie bzw. Ihre Partei, um die dauerhafte Fortsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Berlin bzw. Tempelhof- Schöneberg sicherzustellen.</p>	<p>Das Programm „Soziale Stadt“ ist kein Selbstzweck, sondern hat zum Ziel, bestimmte Quartiere mit staatlicher Förderung wieder aufzuwerten, was wir unterstützen! Hierzu gibt es Kriterien zur Förderbedürftigkeit bspw. anhand sozialer Indikatoren. Sollte sich ein Quartier entsprechend positiv entwickelt haben, so dass die Kriterien zur Förderung nicht mehr erfüllt werden, muss es aus dem Förderprogramm ausscheiden, was im Ergebnis erfreulich ist, da in solchen Gebieten die Quartiersarbeit seine Aufgabe ja offenkundig erfüllt hat. Wir haben andererseits auch Quartiere im Bezirk im Auge, die eine Negativentwicklung nehmen, aber noch nicht die Kriterien für das Programm „Soziale Stadt“ erfüllen. Hier versuchen wir durch andere Instrumente auf bezirklicher Ebene der Entwicklung bereits im Vorfeld Einhalt gebieten zu können, u.a. durch das von der Bildungsstadträtin initiierte</p> <p>Bildungsmanagement/ Bildungsmonitoring mit dem Focus auf die Nahariya- und John-Locke-</p>	<p>Als auf Bundesebene die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ gekürzt wurden, hat das SPD geführte Land Berlin die Mittel aus eigenem Haushalt wieder aufgestockt und somit eine Reihe von Quartiersmanagementgebieten gesichert. Das Quartiersmanagementgebiet in Tempelhof-Schöneberg ist ein sehr altes Gebiet und hat schon viel an positiver Entwicklung bewirkt. Im Grundsatz ist es Ziel eines QM-Gebietes sich selbst überflüssig zu machen, wenn die soziale Situation im Gebiet konstant besser geworden ist. Natürlich besteht durch den Wegfall des QM-Gebietes die Gefahr, dass das Gebiet wieder abrutscht. Deshalb darf ein QM-Gebiet niemals abrupt aufgelöst werden.</p>	<p>Die verschiedenen Städtebau-förderungsprogramme wie Soziale Stadt, Stadtumbau West, Städtebaulicher Denkmalschutz und Aktive Zentren sind für uns wesentliche Säulen der bezirklichen Stadtentwicklungspolitik. Nicht umsonst fallen die Entscheidungen für die drei großen Projekte Quartiersmanagement Schöneberger Norden, Stadtumbau Schöneberg Südkreuz und Aktives Zentrum Lichtenrade Bahnhofstraße sowie eine Vielzahl kleinerer Projekte des städtebaulichen Denkmalschutzes in die Amtszeiten der Bezirksbürgermeisterin und späteren Stadtentwicklungsstadträtin Elisabeth Ziemer (Grüne) sowie der Stadtentwicklungsstadträtin Sibyll Klotz (Grüne). Im Rahmen dieser Projekte konnte in den vergangenen Jahren ein hoher zweistelliger Millionen-betrag an Fördermitteln für den Bezirk gesichert werden.</p> <p>Auch in Zukunft werden wir uns im Bezirk dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Städtebau-förderung einschließlich des Programms Soziale Stadt zu nutzen</p>	<p>DIE LINKE auf allen Ebenen hat sich gegen das Zusammenstreichen der Bundesmittel „Soziale Stadt“ gewendet. Dennoch ist der Förderstatus natürlich abhängig von der Entwicklung von Sozialindikatoren in einem Gebiet. Entlang der Potsdamer Straße vermehren sich Aufwertungstendenzen, die auch mit Verdrängung von Haushalten mit geringeren Einkommen verbunden ist. Leider gilt für den größten Teil des QM-Gebiets noch keine Soziale Erhaltungsverordnung. Wir unterstützen eine erneute Prüfung, falls sich dafür Chancen ergeben. Wir hoffen auch, dass die gewachsenen Strukturen und sozialen Einrichtungen eine Hilfe dabei sind, dass sich das Gebiet in den nächsten Jahren nicht völlig verändert. Wenn sich aber die soziale Zusammensetzung der Anwohnerschaft schnell ändert, kann auch DIE LINKE nicht die Fortführung des QM versprechen. Wir würden es aber begrüßen, wenn dann aus dem QM-Prozess weiter bürgerschaftliche Selbsthilfe- und Unterstützungsstrukturen fortbestehen und uns um deren öffentliche Unterstützung bemühen.</p> <p>Im Süden des Bezirks (Tempelhof-Germaniagärten, Teile von Lichtenrade und Marienfelde) sind soziale Abstiegstendenzen erkennbar, die wegen zu geringer Ausdehnung nicht ins QM-Förderraster passen. Andere Fördermöglichkeiten greifen leider nicht ausreichend um stabilisierende Strukturen aufzubauen. Wir setzen uns auch dort für die Einführung von passenden Instrumenten ein Unabhängig vom Programm „Soziale Stadt“ sehen wir in der Entwicklung von Kiezforen und Kiezfonds (Bürgerhaushalt-Mittel) einen Weg um nachbarschaftliche Initiative zu stärken und eine partizipative Entwicklung von Kiezen zu fördern. Derzeit sieht das Bezirksamt und die Mehrheit in der BVV dafür keinen finanziellen Spielraum. DIE LINKE. Berlin setzt</p>

	Siedlung, an dem verschiedene betroffene Bereiche des Bezirksamtes (Schule, Jugend, Gesundheit) zusammenwirken.		und die vorhandenen bezirklichen Projekte bei Bedarf weiter zu verstetigen und gegebenenfalls neue Projekte ins Leben zu rufen.	sich dafür ein, dass die Bezirke (unabhängig von der budgetierten Globalsumme) freiverfügbare Mittel erhalten für solche politische Schwerpunktsetzungen.
--	---	--	---	---

2. Antworten von Direktkandidat/innen aus Tempelhof-Schöneberg			
Frage/ Beantwortende	CDU/Direktkandidatin Monika Thamm	SPD/Direktkandidatin Annette Hertlein	Die Listenkandidaten der PIRATEN für Tempelhof-Schöneberg Ute Laack -- Dr. Andreas Böttcher -- Aljoscha Henke -- Prof. Martin Haase
<p>1. Auf welche Weise wird Ihre Partei Harmonie e.V. in seinen Anstrengungen zur Abwehr der Räumungsklage durch den vorläufigen Erwerber unterstützen?</p> <p>2. Auf welche Weise unterstützt Ihre Partei das Anliegen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, das Vorkaufsrecht hinsichtlich des Verkaufs der Häuser in der Katzler- und Großgörschenstr. Durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) wahrzunehmen?</p> <p>3. Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um soziale Vereine wie den von Räumung bedrohten Verein Harmonie e. V. in der Katzler Straße vor Verdrängung zu schützen? Weitere Beispiele (ohne Bezug zur BIMA) im Schöneberger Norden sind das Jugendzentrum Drugstore, Potse e.V. und PallasT an der Ecke Potsdamer Straße/ Goebenstr. sowie das Hans-Wurst-Puppentheater am Winterfeldtmarkt, welche ebenso wie Harmonie e.V. wichtige soziale und kulturelle Aufgaben in unserem Stadtteil erfüllen, deren Räume jedoch ebenfalls nicht langfristig gesichert sind.</p> <p>4. Welche Initiativen planen Sie bzw. Ihre Partei, um die</p>	<p>Ich danke Ihnen für ihre mail vom 7.7. Ich habe mich zum Thema sachkundig gemacht und möchte Ihnen meine Haltung zum Problem „Verdrängung Harmonie e.V.“ gerne mitteilen. Ich erinnere mich noch gut daran, daß der Verein bereits vor Jahren schon einmal seine Räume (in der Potsdamer Straße?) verlassen mußte und in der Katzlerstraße eine neue Bleibe fand. Damals hat die bezirkliche CDU-Fraktion den Verein auch politisch unterstützt.</p> <p>Ich werde Ihre Fragen als Ganzes beantworten. Ich werde – falls ich in der kommenden Wahlperiode wieder im Abgeordnetenhaus bin – mich dafür einsetzen (im Hauptausschuß als auch im Unterausschuß Vermögen, deren Mitglied ich bin), daß der Verein in seinen jetzigen Räumen verbleiben kann. Das habe ich auch bei dem Puppentheater HansWurst und bei der Sozialeinrichtung PINEL erfolgreich getan. Es gibt aber Unterschiede. In den beiden o.a. Fällen war das Land Berlin der Beteiligte. Bei dem Puppentheater konnte mit dem neuen Privateigentümer eine zufriedenstellende Vereinbarung getroffen werden. Bei PINEL war es dem Hauptausschuß möglich, in Zusammenarbeit mit Vivantes und dem Verein PINEL eine Verkaufsvereinbarung zu treffen. In dem Fall „Harmonie e.V.“ ist das schwieriger. Hier ist der Bund in Gestalt der BIMA beteiligt. Und schon die sehr langen Diskussionen wg. des sog Dragonerdreiecks in Kreuzberg zeigen, wie schwierig die Verhandlungen sind, und wie schwer es ist – auch für den Hauptausschuß – hier wirksam einzugreifen. Es ist nicht nur für die Bezirks-CDU, sondern auch für die Landesfraktion der CDU klar, daß wir Projekte, Einrichtungen, Vereine usw. unterstützen, die in schwierigen sozialen Umfeldern wertvolle Sozialarbeit leisten. Und diese Haltung ist völlig unabhängig von Programmen, wie „Soziale Stadt“ oder anderen diesbezüglichen Förderungen.</p> <p>Wenn es durch ein Gerichtsurteil dazu kommen</p>	<p>Die SPD hat im Bezirk zunächst mit geholfen, dass das Vorkaufsrecht vom Bezirk gezogen wurde. Die SPD Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler hat versucht direkten Kontakt zum Eigentümer aufzunehmen.</p> <p>Zurzeit kann die SPD den Verein unterstützen durch Weiterleitung von Pressemeldungen und klarer eigener Positionierung zu Gunsten von Harmonie e.V.</p> <p>Die SPD steht voll und ganz sowohl in Tempelhof-Schöneberg als auch in Berlin hinter dem Anliegen, das Vorkaufsrecht auszuüben. Die SPD Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler hat dies im Bezirksamt vorangetrieben. Die SPD geführte Senatsfinanzverwaltung hat übernommen, das Verfahren für den Bezirk zu führen und damit die Forderung des Bezirks zu unterstützen. Auch SPD Bundestagsabgeordnete haben sich der BIMA gegenüber für das Vorkaufsrecht von Tempelhof-Schöneberg ausgesprochen.</p> <p>Immer wenn Gewerbemietverträge abgeschlossen werden, besteht die Möglichkeit einer Kündigung sei es aus Profitgründen oder anderer Beweggründe.</p> <p>In der Katzlerstraße sollte die Ausübung des Vorkaufsrechts die dauerhafte Sicherung des Mietvertrags des Vereins sichern. Das ist leider durch die schwierige Rechtskonstruktion zur Zeit nicht möglich. So ein weitreichender Sicherungsversuch wurde bisher noch an keiner Immobilie unternommen. Mit dem derzeitigen Eigentümer wurde versucht, Kontakt aufzunehmen und für den Verbleib des Vereins in den Räumen zu werben. Dies wurde in diesem Fall abgelehnt. Grundsätzlich besteht eine gute Möglichkeit über Gespräche, Lösungen zu erzielen. So wurde für das Hans-Wurst-Puppentheater zumindest ein mehrjähriger Aufschub des Auszugs erzielt. Auch für die Jugendeinrichtungen PallasT, Drugstore und Potse sind schon mehrfach durch geschicktes Verhandeln mit dem jeweiligen Eigentümer Verlängerungen des Mietvertrages erreicht worden. Wenn Verhandlungen nicht erfolgreich sind, kann dem Projekt nur geholfen werden, wenn Ersatzräume gefunden werden und das Projekt bereit ist, umzuziehen.</p> <p>Als auf Bundesebene die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ gekürzt wurden, hat das SPD geführte Land Berlin die Mittel aus eigenem Haushalt wieder aufgestockt und somit eine Reihe von</p>	<p>Die PIRATEN werden in der nächsten Legislaturperiode hoffentlich wieder in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten sein, vermutlich aber durch eine kleine Fraktion.</p> <p>Wir werden jedes Anliegen des Quartiersrats unterstützen, Schöneberg als lebendigen und sozialen Stadtteil zu erhalten und gegen die fortschreitende Kommerzialisierung der Quartiere zu verteidigen.</p> <p>Im Fall von Harmonie e.V. gibt es eine (selten genug) einmütige Willensbekundung aller Parteien des Bezirks und sogar des Bezirksamts, das Umfeld durch ein bezirkliches Vorkaufsrecht gegen die Verdrängung zu schützen.</p> <p>Allerdings können wir eine gerichtliche Entscheidung zur Frage der Eigentumsrechte des Erwerbers nicht ignorieren. Wir würden sicherlich eine Initiative der BVV mittragen, im negativen Fall eine weitere Instanz anzurufen.</p> <p>Schon an anderen Stellen haben wir immer wieder gefordert, ein bezirkliches Vorkaufsrecht an Immobilien und Flächen wahrzunehmen, um die Gestaltung des Bezirks durch seine Einwohner zu ermöglichen - und nicht durch die kommerziellen Interessen von fremden Investoren.</p> <p>Dass es in dieser Frage eine zunehmende Sensibilität auf der bezirkspolitischen Ebene gibt, liegt unter anderem auch an der Präsenz der PIRATEN seit 2011 in der BVV.</p> <p>Wir würden uns natürlich freuen, wenn Sie die weitere Mitwirkung des wichtigen politischen Korrektivfaktors PIRATEN durch entsprechende Wahlempfehlungen unterstützen könnten.</p>

<p>dauerhafte Fortsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Berlin bzw. Tempelhof-Schöneberg sicherzustellen, das zur Stärkung der genannten und anderer sozialer Einrichtungen beiträgt und auf dem auch die Arbeit des Quartiersrats beruht?</p>	<p>sollte, daß der Verein unterliegt, dann bitte ich um Nachricht, und ich werde in der Landesfraktion und in den entsprechenden Ausschüssen das zum Thema machen. Ich bin sicher, daß auch die Bezirks-CDU dem Bezirksamt den Rücken stärkt und ihm ein Mandat erteilt hat, alles zu tun, daß der Verein Harmonie e.V. eine Arbeit im Schöneberger Norden fortsetzen kann.</p>	<p>Quartiersmanagement-gebieten gesichert. Das Quartiermanagement-gebiet in Tempelhof-Schöneberg ist ein sehr altes Gebiet und hat schon viel an positiver Entwicklung bewirkt. Im Grundsatz ist es Ziel eines QM-Gebietes sich selbst überflüssig zu machen, wenn die soziale Situation im Gebiet konstant besser geworden ist. Natürlich besteht durch den Wegfall des QM-Gebietes die Gefahr, dass das Gebiet wieder abrutscht. Deshalb darf ein QM-Gebiet niemals abrupt aufgelöst werden.</p>	
--	---	--	--

3. Antworten der Landesverbände					
Frage/ Beantwortende	SPD Landesverband Berlin	CDU	Grüne	DIE LINKE Landesverband	Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
<p>1. Auf welche Weise wird Ihre Partei Harmonie e.V. in seinen Anstrengungen zur Abwehr der Räumungsklage durch den vorläufigen Erwerber unterstützen?</p>	<p>Berlin hat eine vielfältige und lebendige Landschaft von sozialen, kulturellen Vereinen und Verbänden, die in ihrer wichtigen Arbeit für bedürftige Menschen und den sozialen Zusammenhalt in der Stadt von der SPD in allen Facetten unterstützt wird.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass diese Aufgaben von Menschen und Vereinen erbracht wird, die oftmals durch ihre jahrelange Erfahrung in ihrem Feld am besten wissen, was nötig und sinnvoll ist. Gerade Integrationsarbeit wie die des Vereins Harmonie e.V. ist in einer multikulturellen Stadt wie Berlin und angesichts der vielen Geflüchteten, die sich hier willkommen fühlen sollen, von unschätzbarem Wert.</p> <p>Die Kündigung der Räume des Integrationsvereins Harmonie e.V. durch die neue private Eigentümerin bedauern wir daher sehr. Die SPD unterstützt die Initiative des Bezirks Tempelhof-Schöneberg und seiner Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler selbstverständlich, der u. a. mittels Geltendmachung eines Vorkaufsrechts die soziale Infrastruktur erhalten möchte. Wir wünschen dem Verein Harmonie e.V., dass die gerichtliche Entscheidung schnell und in diesem Sinne fällt.</p> <p>Die SPD hat sich nicht nur in Ihrem Fall, sondern auch insgesamt für eine sozialverträgliche Bau- und Standortpolitik eingesetzt. Mittels des „Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung“ wird beispielsweise dafür gesorgt, dass auch private Investoren bei ihren Projekten verpflichtet werden, eine bestimmte Anzahl von Kita-Plätzen oder preisgünstige Wohnungen zu errichten. Mit diesem „Berliner Modell“ wird die Übernahme von Kosten für soziale und technische Infrastruktur, die Voraussetzung oder Folge des geplanten Wohnungsbauvorhabens sind, über einen mit dem Investor zu schließenden städtebaulichen Vertrag sichergestellt. Das gilt insbesondere für die Erschließung sowie für die Herrichtung von zusätzlichen Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Darüber hinaus ist gemäß</p>			<p>Der Bezirksverband DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg und die Bundestagsabgeordnete Azize Tank haben sofort Kontakt mit der Leiterin Frau Neu aufgenommen und Hilfe angeboten. In ihren Veröffentlichungen hat die LINKE. Tempelhof-Schöneberg auf die Bedeutung des Vereins hingewiesen und zur Unterstützung aufgerufen. In der BVV haben die Bezirksverordneten der LINKEN einen Beschluss „Verbleib von Harmonie e.V. in den Räumen in der Katzlerstraße“ (Drs. 1817/XIX) unterstützt. Das Bezirksamt hat daraufhin auf dem Besitzer einwirken versucht und sich für Ersatzräumlichkeiten eingesetzt (unseres Wissens ohne Ergebnis bisher).</p> <p>Rechtlich können wir nicht einschätzen, ob eine Chance besteht, dass die Räumungsklage zurückgewiesen wird, zumindest bis zu einer gerichtlichen Entscheidung zum Vorkaufsrecht. Wir finden es gut, es erst Mal darauf ankommen zu lassen, aber eine andere Option in der Rückhand zu haben.</p> <p>Falls der Besitzer („schwebender Eigentümer“) einen Räumungstitel erwirken kann, werden wir, je nach Entscheidung von Harmonie e.V., die Mobilisierung von öffentlichen Protestaktionen unterstützen. Das schließt den (symbolischen) Widerstand gegen eine Räumung unter Einsatz von Gerichtsvollzieher und Polizei ein. Bevor es soweit kommt, muss der öffentliche Druck gegen den Besitzer möglichst so groß werden, dass er von einer Räumung ablässt. Wir begrüßen daher auch die Petition des Quartiersrats und werben für deren Unterstützung.</p>	<p>Zur Abwehr einer Räumungsklage ist die ganz konkrete Kenntnis des Sachverhaltes unerlässlich, da es häufig um sehr formale Detailfragen geht, die nur ein Fachanwalt sicher beurteilen kann. Wir als Partei dürfen keine Rechtsberatung vornehmen. Wir unterstützen aber politisch den Verbleib sowohl Ihrer Vereinsarbeit als auch aller sonstiger Nutzer und Bewohner. Ein Eigentümerwechsel darf nicht missbraucht werden, um unliebsame Nutzer los zu werden. Den Verkauf durch die BIMA an Private haben wir von Anfang an scharf kritisiert und alles uns Mögliche unternommen um diesen Verkauf zu stoppen. Als kleinste Oppositionspartei sind unsere Möglichkeiten aber eingegrenzt. In der Verantwortung ist hier die große Koalition SPD/CDU im Bund und im Land sowie das Finanzministerium Bund.</p>
<p>2. Auf welche Weise unterstützt Ihre Partei das Anliegen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, das Vorkaufsrecht hinsichtlich des Verkaufs der Häuser in der Katzler- und Großgörschenstr. Durch die Bundesanstalt für</p>	<p>eine bestimmte Anzahl von Kita-Plätzen oder preisgünstige Wohnungen zu errichten. Mit diesem „Berliner Modell“ wird die Übernahme von Kosten für soziale und technische Infrastruktur, die Voraussetzung oder Folge des geplanten Wohnungsbauvorhabens sind, über einen mit dem Investor zu schließenden städtebaulichen Vertrag sichergestellt. Das gilt insbesondere für die Erschließung sowie für die Herrichtung von zusätzlichen Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Darüber hinaus ist gemäß</p>			<p>DIE LINKE in der BVV hat, nachdem der spekulative Verkauf nicht verhindert werden konnte, alles getan um die Debatte zum Vorverkaufsrecht in der BVV mehrheitsfähig zu machen. Entsprechende Vorlagen wurden eingebracht, die auch zu Beschlüssen führten. Die Bezirksverordneten der LINKEN in der BVV Tempelhof-Schöneberg haben auch Initiativen zur besseren Absicherung der Wahrnehmung des Vorkaufsrechts des Bezirkes ergriffen.</p>	<p>Wir unterstützen und fordern seit je her, dass Immobilien der öffentlichen Hand grundsätzlich gar nicht verkauft werden. Wenn dennoch verkauft werden muss, dann sind die Immobilien bevorzugt der Kommune, in der sich die Liegenschaft befindet, hier also Berlin, zum Kauf anzubieten zum Entwicklungsunbeeinflussten Verkehrswert. Die BIMA verfolgt hier Maximalverwertungsinteressen, diese lehnen wir ab.</p> <p>Die Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes durch den Bezirk ist mit vielen Hürden</p>

Immobilienaufgaben (BIMA) wahrzunehmen?	<p>„Leitlinie für den Abschluss städtebaulicher Verträge“ vom 14. April 2015 grundsätzlich ein Anteil von 25 Prozent der neuen Wohneinheiten mit Mietpreis- und Belegungs-bindungen zu vereinbaren. Auf Flächen städtischer Wohnungsbaugesellschaften beträgt dieser Anteil sogar 30 Prozent. Die von der SPD vorangetriebene neue Liegenschafts-politik hat dazu geführt, dass Grundstücke nicht mehr dem Meistbietenden verkauft werden, sondern ihre Nutzung nach sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Kriterien geprüft wird.</p> <p>Im Juni hat der SPD-geführte Senat zudem den „Gesetzentwurf zu Sondervermögen für Grundstücke der Daseinsvorsorge (SODA)“ beschlossen, der nun im Abgeordnetenhaus beraten wird. Obwohl das Land diese Grundstücke aktuell nicht braucht, wird mit diesem Gesetz Vorsorge getroffen für den künftigen Bedarf an Einrichtungen der Daseinsvorsorge, zum Beispiel für den Bau von bezahlbaren Mietwohnungen, für Schulen und Kitas, soziale Einrichtungen oder auch für Verwaltungsstandorte.</p> <p>Auch auf Bundesebene hat sich die SPD mithilfe ihrer Bundestagsabgeordneten und des Berliner Finanz-senators dafür eingesetzt, dass beispielsweise das sogenannte Dragonerareal in Kreuzberg nicht an einen privaten Investor verkauft wird, sondern im Finanzausschuss des Bundesrates dafür gesorgt, dass der vom Bund geplante Verkauf gestoppt wird. Der Senat hat das Areal zudem Anfang Juli als Sanierungsgebiet ausgewiesen, um eine reine Luxus-bebauung zu verhindern. Mindestens 50 Prozent der Wohnungen sollen Sozialwohnungen werden. Hier, wie an vielen anderen Stellen auch – zum Beispiel beim Haus der Statistik am Alexanderplatz – bemüht sich das Land Berlin mit Unterstützung der SPD darum, dass auch der Bund und insbesondere das von Finanzminister Schäuble geführte Bundesfinanzministerium mit der ihm nachgeordneten Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) ihrer Mitverantwortung für eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung in Berlin gerecht werden.</p> <p>Die SPD ist nicht der Auffassung, dass eine Klage des Bundes gegen das Land Berlin oder gegen einen Bezirk Berlins – wie im Falle der Geltendmachung</p>				<p>verbunden, unsere politische Forderung ist, diese Hürden zukünftig abzusenken und die Bezirke insbesondere mit genügend Personal und Fachkunde auszustatten, um Vorkaufsrechte zeitnah prüfen und realisieren zu können, oder mit entsprechenden Abwendungsvereinbarungen die Folgen des Verkaufes für Mieterinnen und Mieter zu minimieren, insbesondere auch Verwertungskündigungen oder verkappte Verwertungskündigungen auszuschließen.</p>
3. Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um soziale Vereine wie den von Räumung bedrohten Verein Harmonie e. V. in der Katzler Straße vor Verdrängung zu schützen? Weitere Beispiele (ohne Bezug zur BIMA) im Schöneberger Norden sind das Jugendzentrum Drugstore, Potse e.V. und PallasT an der Ecke Potsdamer Straße/ Goebenstr. sowie das Hans-Wurst-Puppentheater am	<p>Leider sind in den letzten 20 Jahren zu viele öffentliche Gebäude und Grundstücke an private Immobilienfirmen/-fonds veräußert worden. Das betrifft das ehemalige BVG-Gebäude und das Eckgebäude zur Pallasstr. (PallasT, Drugstore und Potse), aber auch das Gebäude von dem Puppentheater. DIE LINKE Tempelhof Schöneberg konnte zu Drugstore & Co. zusammen mit den Nutzern und mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus bei den Haushalts-beratungen 2015 den öffentlichen Druck auf Eigentümer und Bezirksamt erhöhen und eine Kündigung zum Jahresende abwenden. An beiden Standorten enden aber die Verträge in den nächsten Jahren ohne Verlängerungsmöglichkeit. Wir fordern vom Bezirk jetzt schon Maßnahmen einzuleiten um den Weiterbetrieb zu sichern. Für diese Einrichtungen müssen Ersatzorte in Nord-Schöneberg finden.</p> <p>In Schöneberg-Süd bahnt sich der nächste Verkauf mit dem</p>			<p>Der beste Schutz vor Verdrängung sind langfristige Miet- oder Pachtverträge mit Schutzklauseln, die für beide Seiten, Mieter wie Vermieter, fair und kalkulierbar sind und damit beiderseitig eine langfristige Planungsperspektive sichern.</p> <p>Die Bezirke sollten die Initiativen oder die sozialen und kulturellen Projekte in solchen Mietvertragsangelegenheiten beratend unterstützen.</p>	

<p>Winterfeldtmarkt, welche ebenso wie Harmonie e.V. wichtige soziale und kulturelle Aufgaben in unserem Stadtteil erfüllen, deren Räume jedoch ebenfalls nicht langfristig gesichert sind.</p>	<p>des Vorkaufsrechts von 48 bundeseigenen Wohnungen in Tempelhof-Schöneberg – ein gemeinwohldienlicher Weg ist, um Stadtpolitik zu betreiben.</p> <p>Mit dem Städtebauförderungs-programm „Soziale Stadt“ unterstützt der Bund seit 1999 die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und Struktur-schwacher Stadt- und Ortsteile. Städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens sorgen für mehr Generationen-gerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit im Quartier und verbessern die Chancen der dort Lebenden auf Teilhabe und Integration. Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.</p>			<p>ehemaligen Straßenbahndepot an, das noch von Landesbehörden genutzt wird. Gebäude und Gelände werden von der Berliner Immobilien-management (BIM) zum Verkauf angeboten. Sollte der Verkauf nicht abwendbar sein, sind wir zumindest dafür, dass das Gebäude für kulturelle und soziale Zwecke gesichert wird und Räumlichkeiten für Bedarfe der Anwohnerschaft berücksichtigt werden.</p>	
<p>4. Welche Initiativen planen Sie bzw. Ihre Partei, um die dauerhafte Fortsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Berlin bzw. Tempelhof-Schöneberg sicherzustellen, das zur Stärkung der genannten und anderer sozialer Einrichtungen beiträgt und auf dem auch die Arbeit des Quartiersrats beruht?</p>	<p>Für die Umsetzung hat der Berliner Senat ein Quartiersmanagement-verfahren ins Leben gerufen und setzt es gemeinsam mit den Bezirken um. Quartiersmanagement-Teams unterstützen lokale Aktivitäten der Bewohnerinnen und Bewohner, sammeln Ideen, vernetzen Menschen und Initiativen und organisieren den Prozess der Stärkung des Kiezes und der Eigenverantwortung der Bewohnerschaft.</p> <p>Das Land Berlin übernimmt im Programm Soziale Stadt - Berliner Quartiersmanagement – die erforderlichen Kofinanzierungsmittel für die Programme des Bundes und der EU bereits. Von 1999 bis 2015 betrug der Berliner Anteil 183 Millionen Euro. In den Jahren 2000 bis 2015 stellte die EU 112 Millionen Euro aus dem "Europäischen Fonds für regionale Entwicklung" (EFRE) für die Berliner Quartiers-managementgebiete (QM) bereit. Derzeit haben wir 34 laufende QM-Gebiete. In vier Gebieten wurde die Förderung beendet. Mit den Projekten aus dem Programm „Soziale Stadt“ konnten die Quartiere stabilisiert werden. In diesem Jahr werden sieben neue Fördergebiete im Rahmen des Programms „Stadtumbau“ in den Blick genommen. Damit sollen auch Schulen, Kitas, Sportanlagen, Familienzentren und Naherholungs-flächen finanziert werden.</p> <p>Im Jahr 2016 fließen rund 107 Millionen Euro des Landes und des Bundes in die Städtebauförderung.</p>			<p>DIE LINKE auf allen Ebenen hat sich gegen das Zusammenstreichen der Bundesmittel „Soziale Stadt“ gewendet. Dennoch ist der Förderstatus natürlich abhängig von der Entwicklung von Sozialindikatoren in einem Gebiet. Entlang der Potsdamer Straße vermehren sich Aufwertungstendenzen, die auch mit Verdrängung von Haushalten mit geringeren Einkommen verbunden ist. Leider gilt für den größten Teil des QM-Gebiets noch keine Soziale Erhaltungsverordnung. Wir unterstützen eine erneute Prüfung, falls sich dafür Chancen ergeben.</p> <p>Wir hoffen auch, dass die gewachsenen Strukturen und sozialen Einrichtungen eine Hilfe dabei sind, dass sich das Gebiet in den nächsten Jahren nicht völlig verändert. Wenn sich aber die soziale Zusammensetzung der Anwohnerschaft schnell ändert, kann auch DIE LINKE nicht die Fortführung des QM versprechen. Wir würden es aber begrüßen, wenn dann aus dem QM-Prozess weiter bürgerschaftliche Selbsthilfe- und Unterstützungsstrukturen fortbestehen und uns um deren öffentliche Unterstützung bemühen.</p> <p>Im Süden des Bezirks (Tempelhof-Germania-gärten, Teile von Lichten-rade und Marienfelde) sind soziale Abstiegs-tendenzen erkennbar, die wegen zu geringer Ausdehnung nicht ins QM- Förderraster passen. Andere Fördermöglichkeiten greifen leider nicht ausreichend um stabilisierende Strukturen aufzubauen. Wir setzen uns auch dort für die Einführung von passenden Instrumenten ein.</p> <p>Unabhängig vom Programm „Soziale Stadt“ sehen wir in der Entwicklung von Kiezforen und Kiezfonds (Bürgerhaushalt -Mittel) einen Weg um nachbarschaftliche</p>	<p>Verstetigung der QM-Maßnahmen, auch über den Projektzeitraum hinaus im Sinne einer kontinuierlichen Nachsorge, entsprechende Förderung durch das Land und den Bund. In der nun wieder wachsenden Stadt ist in problematischen Gebieten eine Stärkung des kieznahen QM weiterhin wichtig. Begleitend sehen wir es als wichtig an, städtebauliche Instrumente wie das Milieuschutzgebiet (soziale Erhaltungssatzung), und auch das Instrument des Sanierungsgebietes wieder stärker anzuwenden, um eine Kontinuität für die angestammte Bewohnerschaft und die Vielfalt im Stadtteil zu sichern sowie Verdrängungsprozesse zu hemmen und zu erschweren.</p>

	<p>Davon gehen 62 Prozent in Bildung, Betreuung, Kultur, 18 Prozent in sichere und attraktive Grün-, Frei- und Straßenräume, 20 Prozent in Planung, Bürgerbeteiligung, Gebietsmanagement, sozio-integrative Projekte und Öffentlichkeitsarbeit. Damit unterstützen wir mehr als eine Million Berlinerinnen und Berliner in 68 Fördergebieten.</p>		<p>Initiative zu stärken und eine partizipative Entwicklung von Kiezen zu fördern. Derzeit sieht das Bezirksamt und die Mehrheit in der BVV dafür keinen finanziellen Spielraum. DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass die Bezirke für solche politischen Schwerpunkt-setzungen (unabhängig von der budgetierten Globalsumme) freiverfügbare Mittel erhalten.</p>	
--	---	--	--	--